

Buchloer Hofnarr



Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität

Ausgabe 164 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 31.03.2024

Das wichtigste bayerische Problem ist gelöst!

(Kursivschrift: Zitate aus der Buchloer Zeitung vom 20.03.2024)

In Bayerns Schulen, Hochschulen und Behörden ist die Verwendung von geschlechtersensibler Gendersprache ausdrücklich verboten. Das Kabinett beschloss am Dienstag die dafür notwendige Änderung der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates. Sie verpflichtet Behörden und Schulen zwar bereits jetzt, die amtliche Regelung der deutschen Rechtschreibung im dienstlichen Schriftverkehr anzuwenden, diese Regelung sei nun aber nochmals „klarstellend ergänzt“ worden, hieß es weiter.

Hurra, es wird verboten, was angeblich schon verboten war. Ein weiterer Schritt Richtung Demokratieabbau und Entbürokratisierung „Sprache muss klar und verständlich sein“, sagte Staatskanzleichef Florian Herrmann (CSU). Es gehe mit dem Verbot aber auch darum, die „Diskursräume in einer liberalen Gesellschaft offenzuhalten“.

Mit einem Verbot Liberalität zeigen - auf diese Idee muss man erstmal kommen. Wenn man manche Menschen nicht anspricht, werden sie besser einbezogen und integriert – ist mit Logik nicht zu erklären. Die Sprache von Florian Herrmann ist klar und verständlich, der Inhalt dafür unlogisch und widersprüchlich.

Eine ideologisch geprägte Sprache habe dagegen eine exkludierende Wirkung. Daher sind mehrgeschlechtliche Schreibweisen durch Gender-Gap, Gender-stern, Doppelpunkt und ähnliche Kennzeichnungen jetzt ausdrücklich unzulässig.

„Ideologisch“ heißt „schwärmerisch weltfremden Theorien anhängend“. Demokratie und Menschenrechte wurden früher auch „ideologisch“ verbrämt und heute sind sie hoffentlich selbstverständlich. Eine Sprache, welche alle Menschen einschließt, hat eine ausschließende (exkludierende) Wirkung. Verstehen die Kabinettsmitglieder die von ihnen verwendete Fremdwörter nicht?

„Das gilt unabhängig von etwaigen künftigen Entscheidungen des Rates für deutsche Rechtschreibung zu der Frage der Verwendung von Sonderzeichen“, teilte die Staatskanzlei mit.

Die amtlichen Regeln der deutschen Rechtschreibung sind anzuwenden, so die Begründung der Staatsregierung, außer diese werden geändert und erlauben das „gendern“, dann gelten die Regeln der deutschen Rechtschreibung in Bayern nicht – das könnte man ideologisch nennen.

„Klar ist, dass Lehrkräfte sich daran halten müssen“, betonte Herrmann. Dies gelte für den gesamten dienstlichen Schriftverkehr, also auch bei Schreiben für Eltern, der internen Kommunikation und im Unterricht.

Stellen sie sich vor, Schüler kommen mit Lehrer*innen (hier ist es erlaubt, da nicht dienstlich) in

Kontakt, welche sprachlich und schriftlich gendern? Schüler könnten etwas über Toleranz und Diversität lernen, für die Staatsregierung eine schreckliche Vorstellung. Die schulische Realität mit queeren Schüler*innen und Elter*innen blendet die Staatsregierung aus – um diese Personen auszuschließen, da sie nicht dem Wählermainstream entsprechen?

Staatskanzleichef Florian Herrmann (CSU) begründete die Entscheidung vom Dienstag damit, dass Sprache „klar und verständlich sein muss“. Außerdem gebe es „in bestimmten gesellschaftlichen Milieus viele missionarische Nutzer bei der Verwendung von Sprache“. Das sei nicht mit einer offenen Gesellschaft vereinbar. Das Kabinett wolle sicherstellen, dass niemand benachteiligt wird, wenn er oder sie auf geschlechtersensible Sprache verzichte.

Ein missionarischer Eifer war bei den Befürwortern einer gendergerechten Sprache bisher nicht zu erkennen, denn niemand wollte eine „Gendersprachpflicht“. Es galt der Freiheitsbegriff, früher „Libertas Bavariae“, jeder*in sprach wie er/sie/es wollte und akzeptierte die Sprache der anderen, denn wichtig war das gegenseitige Verstehen. Bei der bayerischen Staatsregierung kann man aber durchaus einen in Deutschland einmaligen missionarischen Eifer feststellen. Für eine Anti-Verbots-Partei, welche anderen gerne ihre angebliche Verbots-Agenda vorwirft, ist die CSU sehr eifrig beim Verbote schreiben – offensichtlich gibt es in den Ministerien zu viel Personal, welches beschäftigt werden muss.

Wie will die Staatsregierung eigentlich gegen die Mitarbeitenden vorgehen, welche weiter gendern? Genügt es, wenn z.B. Eltern sich beim Rektor oder dem Schulamt beschweren? Darf die gendernde Lehrkraft dann nicht mehr oder nur unter Aufsicht unterrichten? Gibt es nach der bayerischen Grenzpolizei bald eine bayerische Sprachpolizei? Übrigens: Die geplante „Nicht-Gender-Pflicht“ gilt nicht für alle kommunalen Einrichtungen sowie Bundesbehörden und Körperschaften öffentlichen Rechts.

Drogen

Der Cannabiskonsum ist endlich für Erwachsene legal möglich und einige Experten und Politiker (werden hier extra genannt, da man die sich äuernden Politiker kaum als Experten bezeichnen kann) werden nicht müde zu betonen, wie gefährlich der Konsum von Cannabis für Jugendliche sein kann. Ist Cannabis für Jugendliche erst gefährlich, wenn es für Erwachsene legal ist? Wohl kaum. Wenn Erwachsene keinen Dealer mehr brauchen, wird die Zahl derselben zurückgehen und die Beschaffung von Cannabis wird auch für Jugendliche erschwert. Außerdem soll mehr Geld in die Drogenprävention gesteckt werden – also wo ist das Problem? Der CSU wäre die weitere Kriminalisierung bei weniger Prävention und erfolgloser bisheriger Drogenpolitik lieber gewesen, denn Irrwege müssen konsequent weiterverfolgt werden, bis es nicht mehr anders geht (siehe Windräder oder Leitungsbau). Hauptsache Alkohol ist weiter ab dem 16. Lebensjahr legal erhältlich, denn der ist für Jugendliche gesund, da er, wenn genug davon getrunken wird, die Intelligenz vermindert, welches die Wahl von CSU und FW wahrscheinlicher macht.

Wer in Bayern sein Auto nicht sicher führen könne, riskiere seine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr. Wahrscheinlich wird dieses Gesetz ähnlich ausgelegt, wie die Rechtslag bei Straßenblockaden. Klimakleber und Kiffer wegsperren, Bauern und Säufer unterstützen – wegen bayerischem Kultergut!

Echte Drogenprävention würde alle legalen und bisher illegalen Drogen beinhalten und sich in neuen Geschäftsmodellen spiegeln. Nichts verbieten, denn Drogen werden seit Beginn der Menschheit in allen Kulturen konsumiert. Zum Teil werden dafür religiöse Gründe (Fastenzeit / Starkbier) oder ein „Festcharakter“ (Volksfeste, Oktoberfest) vorgeschoben. Hauptsache Rausch!

Verbannung aller legalen Drogen (Genussmittel: Nikotin, Alkohol) aus den Supermärkten um allen Menschen (Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen) zu signalisieren, dass der Konsum schädlich sein kann. Der Verkauf aller Drogen sollte ausschließlich in lizenzierten Drug-Shops an Erwachsene erfolgen. Auf alle im Drug-Shop verkauften Waren wird eine Mehrwertsteuer von 25 Prozent erhoben, welche besonders die durch alle Drogen entstehenden volkswirtschaftlichen Schäden ausgleichen soll.



**Kiffer*in
Kiffer:in
Kifferin
Kiffer
Kiffende**



Bildquelle: wikipedia

Ich fühle mich,
als könnte ich Bäume ausreißen.
Also, kleine Bäume.
Vielleicht Bambus.
Oder Blumen.
Na gut, Gras.
Gras geht